



5N PLUS

## Allgemeine Verkaufsbedingungen der 5N Plus Lübeck GmbH

### 1. Geltungsbereich, Vertragsschluss, Form

- (1) Diese Allgemeinen Verkaufsbedingungen (AVB) gelten für alle Kauf- und Werklieferungsverträge (*Vertrag*) zwischen der 5N Plus Lübeck GmbH mit Sitz in Lübeck, Deutschland, (*Verkäufer/Wir*) und unseren Kunden, die keine Verbraucher gem. § 13 BGB sind (*Käufer*). Die AVB gelten ausschließlich; Allgemeine Geschäftsbedingungen des Käufers akzeptieren wir auch dann nicht, wenn der Käufer im Rahmen seiner Bestellung auf sie verweist und wir dem nicht ausdrücklich widersprechen.
- (2) Die AVB gelten als Rahmenvereinbarung auch für künftige Verträge mit demselben Käufer (laufende Geschäftsbeziehung), ohne dass wir in jedem Einzelfall wieder auf sie hinweisen müssten. Die AVB gelten in der zum Zeitpunkt der Bestellung gültigen und auf unserer Homepage jederzeit abrufbaren bzw. jedenfalls in der dem Käufer zuletzt in Textform mitgeteilten Fassung.
- (3) Individuelle Vereinbarungen (z.B. Rahmenlieferverträge, Qualitätssicherungsvereinbarungen) und unsere Einzelfallangaben insbesondere in Angeboten und Auftragsbestätigungen haben Vorrang vor den AVB. Handelsklauseln sind im Zweifel gemäß den von der Internationalen Handelskammer in Paris (ICC) herausgegebenen Incoterms® in der bei Vertragsschluss gültigen Fassung auszulegen.
- (4) Unsere Angebote sind freibleibend und unverbindlich. Die Bestellung der Ware durch den Käufer gilt als verbindliches Vertragsangebot, das mangels abweichender Bestimmung mindestens eine Woche gültig bleibt.
- (5) Mit schriftlicher Auftragsbestätigung oder Auslieferung der Ware nebst Lieferschein kommt ein verbindlicher Vertrag über die aufgeführte Ware zustande. Dies gilt auch, soweit die Auftragsbestätigung bzw. die Lieferung geringfügige oder handelsübliche Abweichungen von der Bestellung (z.B. hinsichtlich Mengen, Zusammensetzung etc.) aufweist. Derartige Abweichungen gelten als genehmigt, wenn und soweit der Käufer ihnen nicht unverzüglich (in der Regel innerhalb von 5 Tagen) widerspricht.
- (6) Rechtserhebliche Erklärungen und Anzeigen, die nach Vertragsschluss vom Käufer abgegeben werden (z.B. Fristsetzung, Widerspruch, Mängelanzeige, Minderung/Rücktritt) sind schriftlich, d.h. in Schrift- oder Textform (z.B. Brief, E-Mail, Telefax) abzugeben. Gesetzliche Formvorschriften und weitere Nachweise insbesondere bei Zweifeln über die Legitimation des Erklärenden bleiben unberührt.

### 2. Kaufpreis, Nebenkosten, Fälligkeit

- (1) Sofern nichts anderes gem. Ziffer 1(3) vereinbart oder angegeben, gelten unsere jeweils zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses aktuellen Preise, und zwar ab Lager, zzgl. gesetzlicher Umsatzsteuer, öffentlicher Abgaben (z.B. Zölle, Gebühren) und sonstiger Nebenkosten (z.B. Verpackungs- und Versandkosten). Alle Nebenkosten werden nach Möglichkeit in der Auftragsbestätigung, spätestens jedoch in der Rechnung beziffert.
- (2) Haben wir Preise und/oder Liefermengen für einen Zeitraum von mehr als 3 Monaten zugesagt, sind wir bei unvorhergesehenen Kostensteigerungen bzw. Lieferengpässen zu entsprechenden Anpassungen nach billigem Ermessen (§ 315 BGB) berechtigt.

- (3) Der Kaufpreis mit Nebenkosten ist innerhalb von 14 Tagen ab Absendung bzw. Anzeige der Versandbereitschaft der Ware (entspricht Rechnungsdatum) ohne Abzüge zur Zahlung fällig, sofern nichts anderes vereinbart oder zugunsten des Käufers in der Rechnung ausgewiesen ist (z.B. Skonto, längere Zahlungsfrist). Wir sind, auch im Rahmen einer laufenden Geschäftsbeziehung, jederzeit berechtigt, eine Lieferung ganz oder teilweise nur gegen Vorkasse durchzuführen. Einen entsprechenden Vorbehalt erklären wir spätestens mit der Auftragsbestätigung.
- (4) Wir sind, vorbehaltlich des Widerspruchs des Käufers, zur elektronischen Rechnungsstellung berechtigt. Alle Zahlungen erfolgen durch Banküberweisung in EURO bzw. der vereinbarten Währung auf unsere in der Rechnung genannte Bankverbindung oder ggf. per SEPA-Lastschrift.

### 3. Zahlungsverzug, Gegenrechte, Unsicherheitseinrede

- (1) Mit Ablauf der Zahlungsfrist gem. Ziffer 2(3) kommt der Käufer in Verzug. Der Verzugszins beträgt jährlich 9 Prozentpunkte über dem jeweiligen Basiszinssatz. Vorbehaltlich weitergehenden Schadensersatzes haben wir daneben Anspruch auf Zahlung einer Pauschale von 40 Euro. Unser Anspruch auf kaufmännischen Fälligkeitszins gem. § 353 HGB bleibt unberührt.
- (2) Dem Käufer stehen Aufrechnungs- oder Zurückbehaltungsrechte nur insoweit zu, als sein Anspruch rechtskräftig festgestellt oder unbestritten ist. Dies gilt nicht, soweit der Gegenanspruch unmittelbar unsere Hauptleistungspflicht aus demselben Vertrag betrifft.
- (3) Wird nach Abschluss des Vertrages erkennbar (z.B. durch Antrag auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens), dass unsere vertraglichen Zahlungsansprüche durch eine mangelnde Leistungsfähigkeit des Käufers gefährdet werden, sind wir nach den gesetzlichen Vorschriften zur Leistungsverweigerung und – gegebenenfalls nach Fristsetzung – zum Rücktritt vom Vertrag berechtigt (§ 321 BGB). Bei Verträgen über die Herstellung unvertretbarer Sachen (Einzelanfertigungen), können wir den Rücktritt sofort erklären. Die gesetzlichen Regelungen über die Entbehrlichkeit der Fristsetzung und weitergehende gesetzliche Ansprüche bleiben in allen Fällen unberührt.

### 4. Lieferbestimmungen, Versendung

- (1) Sofern nichts anderes gem. Ziffer 1(3) vereinbart oder angegeben, erfolgt die Lieferung ab unserem Werk/Lager in Lübeck, wo auch der Erfüllungsort für die Lieferung und eine etwaige Nacherfüllung ist. Sofern keine Abholung vereinbart ist, erfolgt die Lieferung in der von uns festgelegten Versandart an den Geschäftssitz des Käufers bzw. die vereinbarte Lieferadresse.
- (2) Jede Versendung der Ware erfolgt auf Kosten und Gefahr (Untergang, Verschlechterung und Verzögerung) des Käufers. Wir sind auf Kosten des Käufers zum Abschluss einer branchenüblichen Transportversicherung berechtigt, jedoch nicht verpflichtet. Verzögert sich die Versendung aus von uns nicht zu vertretenden Gründen, geht die Gefahr im Zeitpunkt der Anzeige der Versandbereitschaft auf den Käufer über. Der gesetzliche Gefahrübergang wegen Annahmeverzugs sowie sonstige für uns aus dem Annahmeverzug folgende

Rechte (z.B. auf Ersatz von Lagerkosten oder sonstigen Mehraufwendungen) bleiben unberührt.

- (3) Wir sind im Rahmen der Lieferfristen und des für den Käufer Zumutbaren zu Teillieferungen berechtigt.

#### 5. Lieferfrist, Nichtverfügbarkeit der Leistung, Lieferverzug

- (1) Die Lieferfrist wird individuell vereinbart oder von uns im Rahmen der Auftragsbestätigung angegeben. Sofern dies nicht der Fall ist, beträgt die Lieferfrist ca. 2 Wochen ab Vertragsabschluss.
- (2) Können wir eine verbindliche Lieferfrist aus Gründen, die wir nicht zu vertreten haben, nicht einhalten (Nichtverfügbarkeit der Leistung z.B. aufgrund nicht rechtzeitiger Selbstbelieferung durch Vorlieferanten oder höherer Gewalt), teilen wir dies dem Käufer unverzüglich mit, und zwar unter Benennung des Grundes der Verzögerung und ggf. der neuen, voraussichtlichen Lieferfrist. Soweit die Leistung überhaupt nicht mehr bzw. auch innerhalb der neuen Lieferfrist nicht verfügbar ist, sind wir berechtigt, vom Vertrag zurückzutreten; eine bereits erbrachte Gegenleistung des Käufers werden wir in diesem Fall unverzüglich erstatten.
- (3) Die Voraussetzungen und Folgen eines etwaigen Lieferverzugs bestimmen sich nach den gesetzlichen Vorschriften. Insbesondere kommen wir nicht in Verzug, solange der Käufer die Verzögerung (z.B. aufgrund fehlender Informationen) überwiegend selbst verschuldet hat oder die Leistung infolge eines sonstigen, von uns nicht zu vertretenden Umstands unterbleibt. In allen Fällen ist eine schriftliche Mahnung des Käufers erforderlich.
- (4) Geraten wir in Lieferverzug, kann der Käufer pauschalierten Ersatz seines Verzugschadens verlangen. Die Schadenspauschale beträgt für jede vollendete Kalenderwoche des Verzugs 0,5% des Nettopreises (Lieferwert) der verspätet gelieferten Ware, insgesamt jedoch höchstens 5% des vertraglichen Lieferwerts. Uns bleibt der Nachweis vorbehalten, dass dem Käufer durch den Verzug gar kein Schaden oder nur ein wesentlich geringerer Schaden als vorstehende Pauschale entstanden ist. Im Übrigen ist der Käufer im Falle unseres Lieferverzugs nach Maßgabe der gesetzlichen Vorschriften, also in der Regel frühestens nach erfolglosem Ablauf einer von ihm gesetzten angemessenen Nachfrist, zum Rücktritt vom Vertrag berechtigt.
- (5) Weitere vertragliche oder gesetzliche Rechte der Vertragsparteien sowie die gesetzlichen Vorschriften über die Abwicklung des Vertrags bei einem Ausschluss der Leistungspflicht (z.B. aufgrund Unmöglichkeit) bleiben unberührt.

#### 6. Eigentumsvorbehalt

- (1) Bis zur vollständigen Bezahlung aller Forderungen aus dem Vertrag und einer laufenden Geschäftsbeziehung behalten wir uns das Eigentum an der Ware (*Vorbehaltsware*) vor.
- (2) Die Vorbehaltsware ist pfleglich zu behandeln und getrennt von anderen Waren zu lagern. Sie ist in üblichem Umfang zum Neuwert gegen Sachschäden (insbesondere Feuer-, Wasser- und Diebstahlschäden) zu versichern.
- (3) Die Vorbehaltsware darf vor vollständiger Bezahlung der gesicherten Forderungen weder an Dritte verpfändet noch zur Sicherheit übereignet werden. Der Käufer hat uns unverzüglich schriftlich zu benachrichtigen, wenn ein Antrag auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens gestellt oder Zugriffe Dritter (z.B. Pfändungen) auf die Vorbehaltsware erfolgen.
- (4) Bei vertragswidrigem Verhalten des Käufers, insbesondere bei Nichtzahlung des fälligen Kaufpreises, sind wir berechtigt, nach den gesetzlichen Vorschriften vom Vertrag zurückzutre-

ten und/oder die Vorbehaltsware auf Grund des Eigentumsvorbehalts heraus zu verlangen. Das Herausgabeverlangen beinhaltet nicht zugleich die Erklärung des Rücktritts; wir sind vielmehr berechtigt, lediglich die Vorbehaltsware heraus zu verlangen und uns den Rücktritt vorzubehalten. Zahl der Käufer den fälligen Kaufpreis nicht, dürfen wir diese Rechte nur geltend machen, wenn wir dem Käufer zuvor erfolglos eine angemessene Frist zur Zahlung gesetzt haben oder eine derartige Fristsetzung nach den gesetzlichen Vorschriften entbehrlich ist.

- (5) Der Käufer ist bis auf Widerruf gem. unten c) befugt, die Vorbehaltsware im ordnungsgemäßen Geschäftsgang weiter zu verarbeiten und/oder zu veräußern (*verlängerter Eigentumsvorbehalt*). In diesem Fall gelten ergänzend die nachfolgenden Bestimmungen:
- a) Eine Verarbeitung (einschließlich Vermischung und Verbindung) erfolgt für uns als Hersteller des neu entstehenden Erzeugnisses. Wir erwerben unmittelbar das Eigentum am Erzeugnis zum vollen Wert oder – wenn die Verarbeitung aus Stoffen mehrerer Eigentümer erfolgt – das Miteigentum am Erzeugnis im Verhältnis des Wertes der Vorbehaltsware zum Wert des Erzeugnisses. Im Übrigen gilt für das entstehende Erzeugnis das Gleiche wie für die Vorbehaltsware.
- b) Die aus dem Weiterverkauf der Vorbehaltsware oder des Erzeugnisses entstehenden Forderungen gegen Dritte tritt der Käufer schon jetzt – im Falle unseres Miteigentums entsprechend anteilig – zur Sicherheit an uns ab. Wir nehmen die Abtretung an. Gleiches gilt für sonstige Forderungen, die an die Stelle der Vorbehaltsware treten oder sonst hinsichtlich der Vorbehaltsware entstehen (z.B. Versicherungsansprüche oder Ansprüche aus unerlaubter Handlung bei Verlust oder Zerstörung). Die in Ziffer 6(2) und 6(3) genannten Pflichten des Käufers gelten auch in Ansehung der abgetretenen Forderungen.
- c) Zur Einziehung der abgetretenen Forderung bleibt der Käufer neben uns ermächtigt. Wir verpflichten uns, die Forderung nicht einzuziehen, solange der Käufer seinen Zahlungsverpflichtungen uns gegenüber nachkommt und wir den Eigentumsvorbehalt nicht durch Ausübung eines Rechts gem. Ziffer 6(4) geltend machen. Ist dies aber der Fall, können wir verlangen, dass der Käufer uns die abgetretenen Forderungen und deren Schuldner bekannt gibt, alle zum Einzug erforderlichen Angaben macht, die dazugehörigen Unterlagen aushändigt und den Schuldner (Dritten) die Abtretung mitteilt. Außerdem sind wir in diesem Fall berechtigt, die Befugnis des Käufers zur weiteren Veräußerung und Verarbeitung der Vorbehaltsware zu widerrufen.
- d) Übersteigt der realisierbare Wert der Sicherheiten unsere Forderungen um mehr als 10 %, werden wir auf Verlangen des Käufers Sicherheiten nach unserer Wahl freigeben.

#### 7. Untersuchung und Mängelanzeige

- (1) Wir haften nicht für Mängel, die der Käufer bei Vertragsabschluss kennt oder grob fahrlässig nicht kennt (§ 442 BGB). Der Käufer ist verpflichtet, die Ware nach Maßgabe der gesetzlichen Vorschriften (§§ 377, 381 HGB) unverzüglich auf Mängel (einschließlich Falsch- und Minderlieferung) zu untersuchen und, soweit dies nach ordnungsgemäßen Geschäftsgang tunlich ist, auch einem Mangelverdacht mit zumutbarem Aufwand nachzugehen. In jedem Fall hat eine Untersuchung nochmals unmittelbar vor einer Weiterverarbeitung z.B. durch Vermischung zu erfolgen.

- (2) Zeigt sich bei der Lieferung, der Untersuchung oder zu irgendeinem späteren Zeitpunkt ein Mangel (auch aufgrund von Rügen seitens eines Kunden des Käufers), so ist uns hiervon unverzüglich Anzeige zu machen. In jedem Fall sind offensichtliche Mängel innerhalb von 3 Tagen ab Lieferung und bei der Untersuchung nicht erkennbare Mängel innerhalb der gleichen Frist ab Entdeckung schriftlich anzuzeigen. Transportschäden sind darüber hinaus auch unmittelbar gegenüber dem Transportunternehmen zu rügen und im Empfangsbekanntnis zu vermerken. Alle Anzeigen und Rügen haben schriftlich zu erfolgen.
- (3) Versäumt der Käufer die ordnungsgemäße Untersuchung und/oder Mängelanzeige, ist unsere Haftung für den nicht bzw. nicht rechtzeitig oder nicht ordnungsgemäß angezeigten Mangel nach den gesetzlichen Vorschriften ausgeschlossen.

## 8. Mängelansprüche des Käufers

- (1) Für die Rechte des Käufers bei Sach- und Rechtsmängeln (einschließlich Falsch- und Minderlieferung sowie unsachgemäßer Montage/Installation oder mangelhafter Anleitungen) gelten die gesetzlichen Vorschriften, soweit nachfolgend nichts anderes bestimmt ist. Unberührt bleiben die gesetzlichen Sondervorschriften bei Endlieferung der neu hergestellten Ware an einen Verbraucher (Lieferantenregress gem. §§ 445a, 445b, 478 bzw. §§ 445c, 327 Abs. 5, 327u BGB), sofern nicht im Einzelfall ein gleichwertiger Ausgleich vereinbart wurde.
- (2) Grundlage der Mängelhaftung ist vor allem die über die Beschaffenheit und die vorausgesetzte Verwendung der Ware (einschließlich Zubehör und Anleitungen) getroffene Vereinbarung. Als Vereinbarung über die Beschaffenheit der Ware gelten alle Produktbeschreibungen und Herstellerangaben, die Gegenstand des einzelnen Vertrages sind oder von uns zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses öffentlich bekannt gemacht wurden (z.B. Analysezertifikate).
- (3) Im Übrigen ist die Frage der Mangelhaftigkeit nach der gesetzlichen Regelung zu beurteilen (§ 434 Abs. 3 BGB). Öffentliche Äußerungen des Herstellers oder in seinem Auftrag (insbes. in der Werbung oder auf dem Etikett der Ware) gehen dabei Äußerungen sonstiger Dritter vor. Soweit es in diesem Zusammenhang auf die Einhaltung öffentlich-rechtlicher Anforderungen (einschließlich produkt- oder marktbezogener Pflichten) ankommt, gelten nur die für eine Verkehrsfähigkeit der Ware innerhalb der Bundesrepublik Deutschland geltenden Vorschriften als Maßstab. Auf hiervon zu unserem Nachteil abweichende Anforderungen im Ausland, insbesondere dem Bestimmungsland des Produkts, kommt es nur an, wenn dies im Einzelfall ausdrücklich vereinbart wurde.
- (4) Die Mängelansprüche des Käufers setzen voraus, dass er seinen Untersuchungs- und Anzeigepflichten gem. Ziffer 7. nachgekommen ist. Geringfügige oder handelsübliche Abweichungen der Lieferung von der bestellten Ware (z.B. hinsichtlich Mengen, Zusammensetzung etc.) stellen keinen Mangel dar.
- (5) Ist die gelieferte Ware mangelhaft, können wir wählen, ob Nacherfüllung durch Beseitigung des Mangels (Nachbesserung) oder durch Lieferung einer mangelfreien Ware (Ersatzlieferung) geleistet wird. Ist die von uns gewählte Art der Nacherfüllung im Einzelfall für den Käufer unzumutbar, kann er sie ablehnen. Das Recht, die Nacherfüllung unter den gesetzlichen Voraussetzungen zu verweigern, bleibt unberührt.
- (6) Wir können die Nacherfüllung davon abhängig machen, dass der Käufer den fälligen Kaufpreis bezahlt. Der Käufer ist sei-

nerseits berechtigt, einen im Verhältnis zum Mangel angemessenen Teil des Kaufpreises einstweilen zurückzubehalten. Die zum Zweck der Nacherfüllung erforderlichen Aufwendungen, insbesondere Arbeits- und Materialkosten (nicht: Kosten des Transports der Ware an den Ort der Nacherfüllung), tragen wir, wenn tatsächlich ein Mangel vorliegt. Andernfalls können wir vom Käufer die entstandenen Kosten (insbesondere Prüf- und Transportkosten) ersetzt verlangen, es sei denn, die fehlende Mangelhaftigkeit war für den Käufer nicht erkennbar.

- (7) Wenn eine für die Nacherfüllung vom Käufer gesetzte, angemessene Frist erfolglos abgelaufen oder nach den gesetzlichen Vorschriften entbehrlich ist, kann der Käufer nach den gesetzlichen Vorschriften vom Vertrag zurücktreten oder den Kaufpreis mindern. Bei einem unerheblichen Mangel besteht jedoch kein Rücktrittsrecht. Ansprüche des Käufers auf Schadensersatz oder Ersatz vergeblicher Aufwendungen bestehen auch bei Mängeln nur nach Maßgabe der Bestimmungen gem. Ziffer 9.
- (8) Abweichend von § 438 Abs. 1 Nr. 3 BGB beträgt die allgemeine Verjährungsfrist für Ansprüche aus Sach- und Rechtsmängeln (Gewährleistungsfrist) ein Jahr ab Ablieferung. Nach Ablauf der Gewährleistungsfrist sind Mängelansprüche ausgeschlossen. Dies gilt auch für mangelbedingte Schadensersatzansprüche. Gesetzliche Sonderregelungen zur Verjährung (insbes. §§ 438 Abs. 1 Nr. 1 und 2, Abs. 3, 444, 445b BGB) bleiben unberührt.
- (9) Zu einer Untersuchung der von uns zur Herstellung verwendeten Komponenten und Stoffe gegenüber dem Käufer sind wir im Regelfall nicht verpflichtet. Sofern eine derartige Pflicht aufgrund der besonderen Umstände des Einzelfalls doch bestehen sollte, handelt es sich nicht um eine wesentliche Vertragspflicht. Für den Herstellungsprozess unserer Zulieferer übernehmen wir keine Verantwortung. Auch außerhalb der Mängelhaftung gelten nur die für eine Verkehrsfähigkeit der Ware innerhalb der Bundesrepublik Deutschland geltenden Vorschriften (z.B. Informationspflichten) als für uns verbindlich, sofern nichts anderes ausdrücklich vereinbart.
- (10) Ansprüche des Käufers auf Schadensersatz oder Ersatz vergeblicher Aufwendungen bestehen bei Mängeln nur nach Maßgabe vorstehender Bestimmungen i.V.m. den Beschränkungen gem. Ziffer 9.

## 9. Schadensersatz, Rücktritt

- (1) Auf Schadensersatz haften wir nach Maßgabe der gesetzlichen Vorschriften, soweit nachfolgend nichts anderes bestimmt ist.
- (2) Bei Pflichtverletzungen – gleich aus welchem Rechtsgrund – haben wir im Rahmen der Verschuldenshaftung Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit zu vertreten.
- (3) Bei einfacher Fahrlässigkeit und milderer Haftungsmaßstäben (z.B. Sorgfalt in eigenen Angelegenheiten) haften wir nur:
- für Schäden aus der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit und
  - für Schäden aus der nicht unerheblichen Verletzung einer wesentlichen Vertragspflicht (Verpflichtung, deren Erfüllung die ordnungsgemäße Durchführung des Vertrags überhaupt erst ermöglicht und auf deren Einhaltung der Vertragspartner regelmäßig vertraut und vertrauen darf); in diesem Fall ist die Haftung jedoch auf den Ersatz des vorhersehbaren, typischerweise eintretenden Schadens begrenzt.

- (4) Die vorstehenden Haftungsbeschränkungen gelten auch gegenüber Dritten sowie bei Pflichtverletzungen durch bzw. zugunsten von Personen, deren Verschulden wir nach gesetzlichen Vorschriften zu vertreten haben. Für Ansprüche nach dem Produkthaftungsgesetz gelten die Regelungen in Ziffer 10.
- (5) Wegen der Verletzung einer vertraglichen Pflicht, die nicht in einem Mangel besteht, kann der Käufer nur zurücktreten oder kündigen, wenn wir die Pflichtverletzung zu vertreten haben. Das Rücktrittsrecht des Käufers bei Lieferverzug gem. Ziffer 5(3) bleibt, einschließlich der gesetzlichen Regelung zur Beweislast, unberührt. Im Übrigen gelten für die Rücktritts- und Kündigungsrechte die gesetzlichen Voraussetzungen und Rechtsfolgen.

## 10. Produkthaftung

- (1) Unsere Haftung für fehlerhafte Produkte gegenüber Dritten (unter Einschluss von Arbeitnehmern, Mitarbeitern etc. des Käufers) richtet sich nach den gesetzlichen Vorschriften. Hieraus kann der Käufer, insbesondere im Rahmen eines Gesamtschuldnerausgleichs, Ansprüche gegen uns allenfalls insoweit herleiten, als wir im Außenverhältnis selbst haften und wir den Fehler schuldhaft (mit)verursacht haben.
- (2) Ist der Käufer wegen eines von uns an ihn gelieferten, fehlerhaften Produkts zur Durchführung einer Gefahrenabwendungsmaßnahme (z.B. Produktrückruf) verpflichtet, beteiligen wir uns gemäß den gesetzlichen Vorschriften an den hierzu vom Käufer nachweislich aufgewandten Kosten, jedoch allenfalls insoweit als:
- wir selbst zur Gefahrenabwehr verpflichtet sind und den Fehler des Produkts schuldhaft (mit)verursacht haben;
  - der Käufer uns von Art und Umfang der Gefahrenabwendungsmaßnahme einschließlich der auf uns entfallenen Beteiligung – sofern möglich und zumutbar – vorab informiert und Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben hat; und
  - die durchgeführte Gefahrenabwendungsmaßnahme unter Berücksichtigung aller Umstände des Einzelfalls rechtlich und tatsächlich erforderlich war.
- (3) Werden wir von Dritten wegen eines von uns an den Käufer gelieferten, fehlerhaften Produkts in Anspruch genommen, so stellt uns der Käufer von diesen Ansprüchen frei, soweit er für den die Haftung auslösenden Fehler, insbesondere aufgrund mangelhafter Untersuchung und/oder Weiterverarbeitung der Ware unter Berücksichtigung der ggf. zur Qualitätssicherung zwischen den Parteien bestehenden Vereinbarungen bzw. von uns erteilten Hinweisen und Anleitungen, im Innenverhältnis alleine oder weit überwiegend alleine verantwortlich ist.

## 11. Rechtswahl, Gerichtsstand

- (1) Für diese AVB und die Vertragsbeziehung zwischen den Parteien gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland unter Ausschluss internationalen Einheitsrechts, insbesondere des UN-Kaufrechts. Die Rechtswahl gilt auch für außervertragliche Schuldverhältnisse, die mit dem Vertrag in enger Verbindung stehen. Im Übrigen bestimmen sich Umfang und Reichweite der Rechtswahl nach den gesetzlichen Vorschriften. Voraussetzungen und Wirkungen des Eigentumsvorbehalts unterliegen dem Recht am jeweiligen Lagerort der Sache, soweit danach die getroffene Rechtswahl zugunsten des deutschen Rechts unzulässig oder unwirksam ist.
- (2) Ist der Käufer Kaufmann, eine juristische Person des öffentlichen Rechts oder ein öffentlich-rechtliches Sondervermögen, ist ausschließlicher – auch internationaler – Gerichtsstand für

alle sich aus dem Vertragsverhältnis ergebenden Streitigkeiten unser Geschäftssitz in Lübeck, Deutschland (Amts- bzw. Landgericht). Entsprechendes gilt, wenn der Käufer Unternehmer i.S.v. § 14 BGB ist. Wir sind jedoch in allen Fällen auch berechtigt, Klage am Erfüllungsort der Lieferverpflichtung gemäß Ziffer 4(1) bzw. einer vorrangigen Individualabrede oder am allgemeinen Gerichtsstand des Käufers zu erheben. Vorrangige gesetzliche Vorschriften, insbesondere zu ausschließlichen Zuständigkeiten, bleiben unberührt.

**Stand: Februar 2022**

## 1. Scope, conclusion of contract, form

- (1) These General Terms and Conditions of Sale (GTCS) apply to all contracts of sale and contracts for work and materials (*contract*) between 5N Plus Lübeck GmbH, based in Lübeck, Germany, (*Seller/We*) and our customers (*Buyer*) who are not consumers as per § 13 BGB (German Civil Code). The GTCS apply exclusively; we do not accept the Buyer's general terms and conditions even if the Buyer refers to them in the context of their order and we do not expressly object to them.
- (2) The GTCS shall also apply as a framework agreement for future contracts with the same Buyer (ongoing business relationship) without us having to refer to them again in each individual case. The GTCS apply in the version valid at the time of the order and available on our website at any time or in any case in the version last communicated to the Buyer in text form.
- (3) Individual agreements (eg framework supply agreements, quality assurance agreements) and our specifications for specific cases, in particular in offers and order confirmations, shall take precedence over the GTCS. In case of doubt, commercial clauses shall be interpreted in accordance with the Incoterms® issued by the International Chamber of Commerce in Paris (ICC) in the version valid at the time of the contract conclusion.
- (4) Our offers are subject to change and non-binding. The goods order by the Buyer is considered a binding offer of contract, which remains valid for at least one week in the absence of any provision to the contrary.
- (5) A written order confirmation or delivery of the goods together with the delivery bill concludes a binding contract for the listed goods. This shall also apply if the order confirmation or the delivery shows minor or typical deviations from the order (eg regarding quantities, composition, etc.). These types of deviations shall be deemed accepted if and to the extent that the Buyer does not object to them without undue delay (as a rule within 5 days).
- (6) Legally relevant statements and notifications made by the Buyer after conclusion of the contract (e.g. setting of a deadline, objection, notification of defects, reduction/withdrawal) must be made in writing, i.e. in written or text form (e.g. letter, e-mail, fax). Statutory formal requirements and further evidence, in particular in the event of doubt about the legitimacy of the person making the declaration, shall remain unaffected.

## 2. Purchase price, ancillary costs, due date

- (1) Unless otherwise agreed or stated according to clause 1(3), our current prices at the time of contract conclusion shall apply, ex warehouse, plus statutory VAT, public charges (e.g. customs duties, fees) and other additional costs (e.g. packaging and shipping costs). All additional costs will be quantified in the order confirmation if possible, but at the latest in the invoice.
- (2) If we have committed to prices and/or delivery quantities for a period of more than 3 months, we shall be entitled to make appropriate adjustments at our reasonable discretion (§ 315 BGB) in the event of unforeseen cost increases or delivery bottlenecks.

- (3) The purchase price including additional costs shall be payable without deductions within 14 days from dispatch or notification of readiness for dispatch of the goods (corresponds to invoice date), unless otherwise agreed or stated in the invoice for the benefit of the Buyer (e.g. cash discount, longer payment period). We are entitled (also within the context of an ongoing business relationship), at any time to carry out a delivery in whole or in part only against advance payment. We will declare a corresponding retention at the latest with the order confirmation.
- (4) We shall be entitled to issue invoices electronically (subject to the Buyer's objection). All payments shall be made by bank transfer in EURO or the agreed currency to our bank account stated in the invoice or, if applicable, by SEPA direct debit.

## 3. Default of payment, opposing rights, defence of uncertainty

- (1) Upon expiry of the payment deadline as per clause 2(3) the Buyer is in default. The interest on arrears shall amount to 9 percentage points per annum above the respective prime rate. Subject to further damages, we shall also be entitled to payment of a lump sum of EUR 40. Our claim to commercial due date interest pursuant to § 353 HGB remains unaffected.
- (2) The Buyer shall only be entitled to rights of offsetting or retention insofar as their claim has been legally established or is undisputed. This shall not apply insofar as the counterclaim directly concerns our main obligation to perform under the same contract.
- (3) If, after conclusion of the contract, it becomes apparent (e.g. by filing for insolvency proceedings) that our contractual claims for payment are jeopardised by a lack of solvency on the Buyer's part, we shall be entitled in accordance with the statutory provisions to refuse performance and - if necessary after setting a deadline - to withdraw from the contract (§ 321 BGB). When it comes to contracts for the manufacture of unjustifiable items (custom-made products), we may declare a withdrawal immediately. The statutory provisions on the dispensability of setting a deadline and further statutory claims shall remain unaffected in all cases.

## 4. Delivery terms, shipping

- (1) Unless otherwise agreed or specified according to section 1(3), the delivery shall be made ex our works/warehouse in Lübeck, which is also the place of performance for the delivery and any subsequent fulfilment. If no collection has been agreed, the delivery will be made to the buyer's place of business or the agreed delivery address using the shipping method we specified.
- (2) Any shipment of the goods is at the expense and risk (loss, deterioration and delay) of the buyer. We are entitled, but not obligated, to take out transport insurance customary in the industry at the Buyer's expense. In the event that the shipment is delayed for reasons for which we are not responsible, the risk shall pass to the Buyer at the time of notification of shipping readiness. The statutory transfer of risk due to default of acceptance as well as other rights resulting for us from the default of acceptance (e.g. right to compensation for storage costs or other additional expenses) shall remain unaffected.

- (3) We are entitled to make partial deliveries within the framework of the delivery periods and what is reasonable for the Buyer.

#### 5. Delivery period, non-availability of the service, delivery delay

- (1) The delivery period shall be agreed individually or specified by us within the scope of the order confirmation. If this is not the case, the delivery period is approx. 2 weeks from the contract conclusion.
- (2) If we are unable to meet a binding delivery deadline for reasons for which we are not responsible (non-availability of the service, e.g. due to untimely self-delivery by upstream suppliers or force majeure), we shall promptly inform the Buyer of this, stating the reason for the delay and, if applicable, the new, expected delivery deadline. Insofar as the service is no longer available at all or is not available within the new delivery period, we shall be entitled to withdraw from the contract; in this case, we shall immediately refund any payments already made by the Buyer.
- (3) The preconditions and consequences of any delay in delivery shall be determined in accordance with the statutory provisions. Specifically, we shall not be in default as long as the Buyer is predominantly responsible for the delay (e.g. due to missing information) or the performance fails to materialise as a result of any other circumstance for which we are not responsible. In all cases, a written reminder from the Buyer is required.
- (4) If we are in default of delivery, the Buyer may demand lump-sum compensation for the damage caused by the delay. The lump-sum compensation shall amount to 0.5% of the net price (delivery value) of the delayed goods for each full calendar week of the delay, but not more than a total of 5% of the contractual delivery value. We reserve the right to prove that the Buyer has not suffered any damages at all as a result of the delay or that the damages are significantly less than the aforementioned lump sum. Otherwise, in the event of our delivery delay, the Buyer shall be entitled to withdraw from the contract in accordance with the statutory provisions, i.e. as a rule at the earliest after the unsuccessful expiry of a reasonable grace period they set.
- (5) Further contractual or statutory rights of the contracting parties as well as the statutory provisions on the execution of the contract in the event of an exclusion of the obligation to perform (e.g. due to impossibility) shall remain unaffected.

#### 6. Retention of title

- (1) We retain the title to the goods (*reserved goods*) until full payment of all claims arising from the contract and an ongoing business relationship.
- (2) The reserved goods shall be treated with care and stored separately from other goods. It must be insured to the usual extent at replacement value against property damage (in particular fire, water and theft damage).
- (3) The reserved goods may neither be pledged to third parties nor assigned as security before full payment of the secured claims. The Buyer must inform us immediately in writing if an application is made to open insolvency proceedings or if third parties (e.g. seizures) have access to the goods subject to retention of title.
- (4) In case of breach of contract by the Buyer, in particular in the case of non-payment of the due purchase price, we are entitled to withdraw from the contract in accordance with the statutory provisions and/or to demand the return of the reserved goods on the basis of the title retention. The demand for a

return of goods does not simultaneously include the declaration of withdrawal; we are rather entitled to demand only the surrender of the reserved goods and to reserve the right of withdrawal. If the Buyer does not pay the purchase price due, we may only assert these rights if we have previously set the Buyer a reasonable deadline for payment without success or if setting such a deadline is dispensable under the statutory provisions.

- (5) Until revoked in accordance with below c), the Buyer shall be authorised to further process and/or sell the reserved goods in the ordinary course of business (*extended reservation of title*). In this case, the following provisions shall apply in addition:
- a) Any processing (including mixing and combining) shall be carried out for us as the manufacturer of the newly created product. We acquire direct ownership of the product at full value or - if the processing is carried out from materials of several owners - co-ownership of the product in the ratio of the value of the reserved goods to the value of the product. In all other respects, the same shall apply to the resulting product as to the goods subject to title retention.
- b) The Buyer hereby assigns to us by way of security any claims against third parties arising from the resale of the reserved goods or the product - in the event of our co-ownership on a pro rata basis. We accept the assignment. The same applies to other claims that take the place of the reserved goods or otherwise arise with regard to the reserved goods (e.g. insurance claims or claims arising from tort for loss or destruction). The Buyer's obligations set out in Clause 6(2) and 6(3) shall also apply in respect of the assigned claims.
- c) Apart from us, the Buyer also remains authorised to collect the assigned claim. We undertake not to collect the claim as long as the purchaser fulfils his payment obligations towards us and we do not assert the retention of title by exercising a right pursuant to art. clause 6(4). If this is the case, however, we may demand that the Buyer inform us of the assigned claims and their debtors, provide all information necessary for collection, hand over the relevant documents and inform the debtors (third parties) of the assignment. Furthermore, in this case we shall be entitled to revoke the Buyer's authorisation to further sell and process the reserved goods.
- d) If the feasible value of the securities exceeds our claims by more than 10%, we shall release securities of our choice at the Buyer's request.

#### 7. Examination and notification of defects

- (1) We shall not be liable for defects of which the purchaser is aware at the time of contract conclusion or is not aware of due to gross negligence (§ 442 BGB). The Buyer is obliged to inspect the goods immediately for defects (including wrong and short deliveries) in accordance with the statutory provisions (§§ 377, 381 HGB) and, insofar as this is feasible in the ordinary course of business, also to investigate any suspicion of defects with reasonable effort. In any case, an examination must be carried out again immediately before further processing, e.g. by mixing.
- (2) In the event that a defect becomes apparent during delivery, inspection or at any later time (also due to complaints by a customer of the Buyer), we must be notified of this promptly. In any case, obvious defects must be reported in writing within 3 days of delivery, and defects that are not apparent

upon inspection must be reported within the same period following discovery. In addition, transport damages must also be reported directly to the transport company and noted in the acknowledgement of receipt. All notifications and complaints must be made in writing.

- (3) If the purchaser fails to properly inspect the goods and/or notify us of defects, our liability for the defect not reported or not reported in time or properly shall be excluded in accordance with the statutory provisions.

## 8. Buyer's claims for defects

- (1) The statutory provisions shall apply to the Buyer's rights in the event of material defects and defects of title (including incorrect and short delivery as well as improper assembly/installation or defective instructions), unless otherwise stipulated below. The special statutory provisions in the case of final delivery of the newly manufactured goods to a consumer (supplier recourse pursuant to §§ 445a, 445b, 478 or §§ 445c, 327 para. 5, 327u BGB) shall remain unaffected, unless an equivalent compensation has been agreed in the specific case.
- (2) The agreement on the quality and the intended use of the goods (including accessories and instructions) shall form the basis of the liability for defects. All product descriptions and manufacturer's information that are part of the individual contract or are that we publish at the time of contract conclusion (e.g. certificate of analysis) serve as the agreement on the quality of the products.
- (3) In all other respects, the question of defectiveness shall be assessed in accordance with the statutory provisions (Section 434 (3) BGB). Public statements made by the manufacturer or on their behalf (in particular in advertising or on the label of the goods) take precedence over statements made by other third parties. Insofar as compliance with public law requirements (including product or market-related obligations) is relevant in this context, only the regulations applicable to a marketability of the goods within the Federal Republic of Germany shall apply as a benchmark. Requirements in other countries, in particular the country of destination of the product, which deviate from this to our disadvantage, shall only apply if this has been expressly agreed in the individual case.
- (4) The Buyer's claims for defects shall be subject to the condition that they have complied with their duties of inspection and notification as per clause 7. Minor or commercially typical deviations of the delivery from the ordered goods (e.g. with regard to quantities, composition, etc.) shall not constitute a defect.
- (5) If the delivered goods are defective, we may choose whether to provide a subsequent performance by remedying the defect (rectification) or by delivering goods free of defects (replacement). If the type of subsequent performance selected by us is unreasonable for the Buyer in the individual case, the Buyer may reject it. The right to refuse subsequent performance under the statutory conditions shall remain unaffected.
- (6) We can make the subsequent performance dependent on the Buyer paying the purchase price due. The Buyer in turn shall be entitled to temporarily retain a part of the purchase price that is reasonable in relation to the defect. If there is an actual defect, we shall bear the expenses required for the purpose of subsequent performance, in particular labour and material costs (not: costs of transporting the goods to the place of subsequent performance). Otherwise, we may demand reimbursement from the Buyer for the costs incurred (in particular

inspection and transport costs), unless the lack of a defect was not apparent to the Buyer.

- (7) If a reasonable deadline set by the Buyer for subsequent performance has expired without success or is dispensable in accordance with the statutory provisions, the Buyer may withdraw from the contract or reduce the purchase price in accordance with the statutory provisions. However, in the case of an insignificant defect, there is no right of withdrawal. Claims of the Buyer for damages or reimbursement of futile expenses shall also exist in the case of defects only in accordance with the provisions pursuant to clause 9.
- (8) Notwithstanding section 438 (1) no. 3 BGB (German Civil Code), the general limitation period for claims arising from defects of quality and title (warranty period) shall be one year from delivery. After expiry of the warranty period, claims for damages due to defects. Special statutory provisions on the statute of limitations (in particular sections 438 (1) nos. 1 and 2, para. 3, 444, 445b BGB) shall remain unaffected.
- (9) As a rule, we are not obligated to inspect the components and substances used by us for production vis-à-vis the Buyer. If such an obligation does exist due to the special circumstances of the individual case, it is not an essential duty of the contract. We do not take any responsibility for the manufacturing process of our suppliers. Even outside the liability for defects, only the regulations applicable to a marketability of the goods within the Federal Republic of Germany (e.g. information obligations) shall be binding for us, unless otherwise expressly agreed.
- (10) In the event of defects, the Buyer shall only be entitled to claim damages or reimbursement of expenses incurred in vain in accordance with the aforementioned provisions in conjunction with the limitations set forth in clause 9.

## 9. Damages, withdrawal

- (1) We shall be liable for damages in accordance with the statutory provisions, unless otherwise stipulated in the following.
- (2) In the event of breaches of duty - irrespective of the legal grounds - we shall be liable for intent and gross negligence within the scope of fault-based liability.
- (3) In the event of simple negligence and milder standards of liability (e.g. care in own affairs), we shall only be liable for:
- damages resulting from loss of life, injury to body or health and
  - for damages resulting from a not insignificant breach of a material contractual obligation (obligation whose fulfilment is a precondition for the proper performance of the contract and on whose fulfilment the contractual partner regularly relies and may rely on). In this case, however, liability shall be limited to compensation for foreseeable, typically occurring damage.
- (4) The above liability limitations shall also apply to third parties and to breaches of duty by or in favour of persons for whose fault we are responsible in accordance with statutory provisions. The provisions in clause 10 apply to claims under the Product Liability Act.
- (5) Due to a breach of a contractual obligation that does not consist of a defect, the Buyer may only withdraw from or terminate the contract if we are responsible for the breach of obligation. The Buyer's right to withdraw from the contract in the event of a delay in delivery pursuant to clause 5(3) shall remain unaffected, including the statutory provision on the burden of proof. Apart from that, the statutory requirements and legal consequences shall apply to the rights of withdrawal and termination.

## 10. Product liability

- (1) Our liability for defective products vis-à-vis third parties (including employees, staff, etc. of the purchaser) shall be governed by the statutory provisions. The Buyer may derive claims against us from this, in particular within the framework of a joint and several debtor compensation, at most to the extent that we ourselves are liable in the external relationship and we have culpably (co-)caused the defect.
- (2) In the circumstance that the Buyer is required to carry out a risk prevention measure (e.g. product recall) due to a defective product delivered to him by us, we shall participate in the costs demonstrably incurred by the Buyer for this purpose in accordance with the statutory provisions, but only to the extent that:
  - a) we ourselves are obliged to avert danger and have culpably (co-)caused the defect of the product;
  - b) the Buyer has informed us in advance of the type and scope of the risk prevention measure, including the participation attributable to us - insofar as possible and reasonable - and has given us the opportunity to comment; and
  - c) the hazard prevention measure carried out was legally and actually necessary, taking into account all the circumstances of the individual case.
- (3) If third parties assert claims against us due to a defective product delivered by us to the Buyer, the Buyer shall indemnify us against such claims insofar as the Buyer is solely or predominantly responsible internally for the defect giving rise to the liability, in particular due to defective inspection and/or further processing of the goods, taking into account any agreements existing between the parties with regard to quality assurance or any instructions and directions issued by us.

## 11. Choice of law, place of jurisdiction

- (1) The laws of the Federal Republic of Germany, excluding international uniform law, in particular the UN Convention on Contracts for the International Sale of Goods shall cover these GTCS and the contractual relationship between the parties. The choice of law shall also apply to non-contractual obligations that are closely connected with the contract. In all other aspects, the scope and extent of the choice of law shall be determined in accordance with the statutory provisions. The prerequisites and effects of the retention of title shall be subject to the law at the respective storage place of the item, insofar as the choice of law made in favour of German law is inadmissible or ineffective thereafter.
- (2) If the Buyer is a merchant, a legal entity under public law or a special fund under public law, the exclusive - also international - place of jurisdiction for all disputes arising from the contractual relationship shall be our place of business in Lübeck, Germany (local or regional court). The same shall apply if the Buyer is an entrepreneur within the meaning of § 14 BGB. However, in all cases we shall also be entitled to take legal actions at the place of performance of the delivery obligation pursuant to clause 4(1) or a prior individual agreement or at the Buyer's general place of jurisdiction. Overriding statutory provisions, in particular on exclusive responsibilities, shall remain unaffected.

**As at: February 2022**